



"Versorgungssicherheit und Ernährungssicherung – Politik ist mehr denn je gefordert"

Positionen der Mitglieder der Präsidentenkonferenz des Bayerischen Bauernverbandes

Bisher hat sich leider keine Entspannung bei den massiven Auswirkungen von Dürre und Hitze für die Land- und Forstwirtschaft in Bayern ergeben. Insbesondere sind die Landwirtschaftsbetriebe in Nordbayern betroffen, die zum Teil keine Aussaaten für Winterkulturen und Zwischenfrüchte vornehmen können, weil die Böden wie zu Beton ausgedorrt sind und die Saaten verdursten würden. In den besonders hart betroffenen Regionen Bayerns herrscht akute Futternot für tierhaltende Betriebe. Für die Erzeugung von regenerativer Energie über Biogas fehlt dort viel Aufwuchs als Rohstoff. Hinzukommen für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft die gewaltigen Herausforderungen, die sich durch Putins Angriffskrieg in der Ukraine für alle Menschen in Bayern, Deutschland und der Europäischen Union ergeben.

Vor dem Hintergrund erneuern die Mitglieder der Präsidentenkonferenz des Bayerischen Bauernverbandes Ihren Appell an die Politik von Anfang August und fordern jetzt rasche Entscheidungen und zügige Umsetzungen. Es gilt, die Landwirtschaftsbetriebe als Garant der Ernährungssicherung nachhaltig zu stabilisieren und die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln, Betriebsmitteln, Energie und Rohstoffen zu stützen. Mehr denn je ist die Politik gefordert, Abhängigkeiten zu verringern.

Deshalb bekräftigen die Mitglieder der Präsidentenkonferenz erneut insbesondere folgende grundsätzlichen Positionen und Anliegen zu Entlastungs- und Hilfsmaßnahmen:

- Einführung der Staatsziele **Ernährungssicherung** und **Klimaschutz** im Grundgesetz
- **prioritäre Versorgung** der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft **mit Energie und Betriebsmitteln** (z.B. Gas, Strom, Kraftstoffe, AdBlue, Düngemittel) zur Sicherung der Versorgung
- **Nein zu den kontraproduktiven Vorschlägen der EU-Kommission** mit zum Beispiel Pauschalverboten beim Pflanzenschutz, Zwangstilllegung von 10 Prozent der Landwirtschaftsflächen, dem Fluten von Landwirtschaftsflächen auf Feucht- und Moorstandorten, zusätzlichen Unterschutzstellungen sowie Abbau regionaler Tierhaltung und Verlagerung ins Ausland
- Festschreibung des **kooperativen Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes** als Grundprinzip beim Green Deal - vor allem Farm-to-Fork-Strategie – mit den Bauern, Waldbesitzern und Grundeigentümern als Partner: Land- und Forstwirtschaft sind Teil der Lösung
- **Stärkung des nachhaltigen Wirtschaftens** über praxistaugliche Rahmenbedingungen für bedarfsorientierte Düngung und bedarfsweisen Pflanzenschutz
- **Entlastungen** bei der Kostenexplosion für bäuerliche Familienbetriebe bei Energie (z.B. Strom, Gas, Diesel) und Betriebsmitteln (z.B. Dünger), insbesondere wirksame Steuersenkungen bei den Energiekosten sowie Beitragsentlastungen in der agrarsozialen Sicherung, Berücksichtigung Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft beim Energiekostendämpfungsgesetz, rasche Einführung der steuerfreien Risikorücklage
- **Hilfsmaßnahmen** angesichts der Jahrhundertdürre in Europa für besonders betroffene Land- und Forstwirtschaftsbetriebe, zum Beispiel Unterstützung für Kauf und Transport von Ersatzfutter, Umsetzung eines strategischen Wassermanagements zur Ernährungssicherung, weitere Stärkung des Waldumbaus und der Kalamitätsmaßnahmen.

Gerade die Bäuerinnen und Bauern spüren extrem die Auswirkungen des Klimawandels auf ihren Flächen. Die Land- und Forstwirtschaft nimmt die Folgen sehr ernst. Deshalb arbeitet sie aktiv an zusätzlichen Beiträgen zum Klimaschutz. Als Teil der Lösung bieten Bäuerinnen und Bauern dementsprechend vielfältige Ansätze an. Weitere Infos unter: <https://www.bayerischerbauernverband.de/klimaschutzstrategie>